

Verbraucher-Tips

Bonn (dpa): Eine Reihe von Empfehlungen hat die Verbraucher Initiative in Bonn herausgegeben, um akute Schäden durch radioaktive Belastungen zu vermeiden:

Milch: Um Gesundheitsgefahren sicher auszuschließen, sollte auf frische Milch in den nächsten vier Wochen verzichtet werden. Solange es geht, sollten Milchprodukte wie zum Beispiel **Butter** und **H-Milch** verzehrt werden, die vor dem Unglück hergestellt wurden. **Schnittkäse** kann verzehrt werden, weil er älter als ein halbes Jahr ist.

Obst: Ein großer Teil des derzeit angebotenen Obstes wie Äpfel und Apfelsinen stammt aus der Vorjahresernte und wird importiert. Lediglich Erdbeeren wird es im Juni geben. Obst aus dem eigenen Garten sollte in den nächsten vier Wochen nicht gegessen werden.

Gemüse: Freilandgemüse, das jetzt frisch geerntet wird, weist teilweise hohe Radioaktivitätsgehalte auf. Deshalb sollte kein Frischgemüse wie Spinat oder Kopfsalat verzehrt werden. Besser auf Konserven oder Tiefkühlkost zurückgreifen. **Wurzelgemüse** muß unbedingt geschält werden. Den Strahlenwerten fallen auch alle auf dem Balkon gezogenen **Küchenkräuter** zum Opfer. **Regenwasser** weggießen.

Fische: Die radioaktive Belastung der Fische wird sich in wenigen Wochen bemerkbar machen.

Eier: Eier aus der Freilandhaltung werden in nächster Zeit höhere Gehalte an Radioaktivität aufweisen. Deshalb in dieser Zeit auf Eier verzichten oder auf Eier aus der Käfighaltung ausweichen.

Brot/Getreide: Hier ist mit höherer Radioaktivität in den nächsten Wochen nicht zu rechnen. Erst im Herbst wird sich zeigen, ob Belastung vorliegt.

Fleisch: Auch beim Fleisch wird sich erst mit einer zeitlichen Verzögerung die radioaktive Belastung bemerkbar machen. Deshalb derzeit keine Einschränkungen.

Kindernahrung: Der Informationskreis Sichere Kinderernährung: Alle derzeit im Handel befindlichen Produkte wurden vor dem Reaktorunfall produziert und ausgeliefert. Genuß unbedenklich.

Feuer im Reaktor gelöscht

Zwei Wochen nach der Katastrophe im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl hat sich die Lage vor Ort nach sowjetischen Angaben stabilisiert: Der Brand im zerstörten Reaktor sei gelöscht und die Kettenreaktion gestoppt. Die Abschottung des Reaktors sei nun das Hauptproblem.

Wien. – Nach einem fünftägigen Aufenthalt in der Sowjetunion zum Studium der Folgen des Reaktorunglücks ist am Freitagabend eine hochrangige Delegation der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) nach Wien zurückgekehrt. IAEO-Generaldirektor Hans Blix erklärte, auf Grund der Erfahrungen mit dem Reaktorunglück werde die Sowjetunion möglicherweise einem internationalen Warnsystem für radioaktive Emissionen zustimmen. Der Direktor der IAEO-Abteilung für nukleare Sicherheit, Morris Rosen, teilte mit, die Sowjetunion habe zugestimmt, täglich um 13.00 Uhr die radioaktiven Messungen an die IAEO in Wien zu übermitteln. Diese werde sie dann den der IAEO angeschlossenen Mit-

gliedsregierungen zur Verfügung stellen. Die Werte sollten jedoch nicht veröffentlicht werden.

Blix, der Tschernobyl in 800 m Höhe in einem Hubschrauber überflogen hat, teilte mit, noch in diesem Sommer werde es in Wien eine Konferenz geben, bei der die Folgen und Erfahrungen aus dem Reaktorunglück erörtert werden sollen. Ausserdem werde dabei über Möglichkeiten zur Verbesserung der nuklearen Sicherheit gesprochen werden. (AP)

Kein Trost, keine Verheissung

■ VON HUGO WILD

Ihre Atom-Versuchsserie haben Franzosen und Amerikaner soeben fortgesetzt, wie wenn nichts passiert wäre. Wie wenn nach Tschernobyl noch irgend jemand vom denkenden Teil der Menschheit mit dem nuklearen Drohknüppel zu beeindrucken wäre! Erfahren wir doch die Absurdität atomarer Machtgebärden am eigenen Leib, da wir täglich nun fragen müssen, wie verseucht das Kraut, das Wasser, die Milch und morgen dann Brot, Fleisch und Fisch seien.

Fürwahr, zumindest ein Chirac, der mit dem Glanz des Neuen, des wirklich der Zeit Gemässen angetreten ist, hätte sagen können: Wir stoppen unsere Serie, warten zumindest ab, bis sich die Ausmasse der russisch-europäischen Strahlenkatastrophe absehen lassen. Das wäre die Probe gewesen, dass er weiter sieht, als die ohnehin lächerliche Force de frappe reicht.

Volkskundler und alter religiöser Bräuche noch nicht ganz Blankgescheuerte wissen, dass früher gerade in diesen Tagen Bittwoche war: Man zog in Prozessionen durch die Felder, rief Gott an, Krieg, Krankheiten fernzuhalten und der Feldfrucht Segen zu geben. Man zieht auch heute wieder durch die Felder, aber mit dem Geigerzähler in der Hand, mehr um das Urteil menschenverschuldeten Unheils als Hoffnung zu holen.

★

Als man noch nichts von der Atomzeit wusste, ahnte ein Stefan George: «Ihr baut verbrochene an mass und grenze: Was hoch ist kann auch höher!» Und «an der weisheit end ruft ihr zum himmel: Was tun eh wir im eignen schutt ersticken, eh eignes spukgebild das hirn uns zehrt?». Trost und Verheissung hatte George nicht, nur das düstere Sehen von Wahnsinn, Seuche und Krieg, in denen Zehntausende dahingerafft würden...

Die Schweiz kennt keine Grenzwerte

Wie die radioaktive Belastung bei uns berechnet wird

Vergleiche mit dem Ausland und den dort ergriffenen Massnahmen zur Reduktion der radioaktiven Belastung, welche die Tschernobyl-Wolke der Bevölkerung bringt, haben viele Schweizer verunsichert. In Italien wird Gemüse gestoppt, und auch in einzelnen bundesdeutschen Ländern werden viel schärfere Verhaltensregeln empfohlen als in der Schweiz. Bei der Eidgenössischen Kommission für AC-Schutz (KAC) begründet man das mit der unterschiedlichen Philosophie.

■ VON HEIDI BLATTMANN

In der Schweiz gibt es für die Beurteilung der einzelnen Nahrungsmittel und ihrer radioaktiven Belastung keine eigentlichen Richtwerte, bei deren Übersteigen Massnahmen ergriffen werden. Die schweizerische Situationsüberwachung beruht vielmehr auf dem Ziel, die gesamte zusätzliche Strahlungsdosis, welche die Bevölkerung (und insbesondere die besonders empfindliche Gruppe der Kleinkinder, Schwangeren und stillenden

Mütter) durch den radioaktiven Niederschlag über die Nahrungskette einnimmt, nicht über 0,5 Rem steigen zu lassen.

Da nicht nur eine einzelne radioaktive Substanz in den Körper dringt, sondern eine ganze Reihe verschiedener sogenannter Isotope, die radioaktiv strahlen, ausserdem über Gras und Gemüse in die Nahrung gelangen, hat man keine Grenzwerte für den höchsten zulässigen Gehalt der einzelnen Stoffe festgelegt. Vielmehr stellen die «Internen» der Nationalen Alarmzentrale (NAZ) – das sind jene Spe-

zialisten, welche die radioaktive Belastung aufgrund der Nahrung bestimmen – ständig Berechnungen an, ob die über die nächsten 50 Jahre zu erwartende Strahlendosis aufgrund der in Lebensmitteln gemessenen Radioaktivitätsmengen die 0,5 Rem überschreiten oder nicht. Dazu müssen sie eine Reihe von Annahmen treffen wie zum Beispiel, wieviel Milch pro Tag getrunken wird, wieviel Gemüse gegessen wird, wie schnell die Radioaktivität in der Milch zurückgeht, wie rasch sie von den Blättern abgewaschen wird oder wieviel auch später noch in die Pflanzen gelangt.

Die Summe all dieser Belastungen – so heisst es – liegt in der Schweiz nach wie vor unter dem halben Rem, weshalb bis jetzt nur Empfehlungen und keine Massnahmen notwendig seien. Nimmt man zum Beispiel sehr vereinfacht an, dass alle Belastung vom radioaktiven Jod-131 aus der Milch stammt, so darf der höchste Milchwert bei einem Kleinkind, das sieben Deziliter pro Tag trinkt, am stärksten belasteten Tag bei 100 milliardenstel Curie pro Liter liegen, ohne dass das halbe Rem überschritten wird. Je mehr andere radioaktive Stoffe wie Caesium oder Strontium dazukommen, um so niedriger sollte der Milchwert sein. Aus diesen Gründen hält man bei der KAC auch Richtwerte etwa für Gemüse nicht für sinnvoll, wie sie zum Teil in anderen Ländern festgelegt wurden. Und – so betont Bernard Michaud von der KAC – man befindet sich da auch im Einklang mit den Experten von der Weltgesundheitsorganisation (WHO), deren Empfehlungen mit dem schweizerischen Vorgehen übereinstimmen. Sobald aufgrund der äusserst komplexen Berechnungen der NAZ-Experten deutlich würde, dass das halbe Rem Gesamtbelastung ohne Massnahmen überschritten wird, würden auch bei uns entsprechende Vorkehrungen getroffen. Vorläufig sei dies jedoch nicht der Fall. Zur genaueren Abklärung werden in den nächsten Tagen jedoch die Gemüse-messungen intensiviert und auch mehr verschiedene Substanzen genau bestimmt.

Die Strahlung am Freitag

In der Schweiz ist die radioaktive Strahlung laut KAC auch auf den Freitag wieder etwas zurückgegangen. Die höchsten Werte werden nach wie vor im südlichsten Tessin mit 130 millionstel Röntgen pro Stunde gemessen. Am Bodensee und im Waadtland Jura waren es noch 40, im Mittelland lag die Belastung unter 20. Auch bei der Kuhmilch ab Hof ist eine leicht sinkende Tendenz festzustellen. Etwa gleichgeblieben ist die radioaktive Belastung von Gras und Gemüse. Auch Gemüse aus dem Ausland – so war bei der KAC zu erfahren – enthält gemäss den Messungen an der Grenze nicht mehr Radioaktivität als Schweizer Produkte. Die vorsorglichen Empfehlungen der KAC sind nach wie vor gültig.

Radioaktivitäts-Abc

■ VON HEIDI BLATTMANN

Hier einige Angaben, die von Lesern immer wieder verlangt werden:

Masseinheiten für Strahlung

Röntgen und **Röntgen pro Stunde**: Einheit für in der Luft gemessene Strahlung.

Rem: Alte Einheit für eine bestimmte Strahlendosis, welche zugleich die biologische Empfindlichkeit des Menschen berücksichtigt. Bei der heute diskutierten Strahlung gilt 1 Röntgen = 1 Rem.

Sievert: Neue Einheit für Rem. 1 Sievert = 100 Rem.

Neben der Angabe der momentanen Strahlung, welche die radioaktiven Stoffe aussenden, und die zum Beispiel in der Umgebung als Direktstrahlung gemessen werden kann, interessieren auch Angaben über die Mengen radioaktiver Stoffe, die vorhanden sind. Diese Stoffe senden nämlich über längere Zeit Strahlung aus. Sie tun dies auch, wenn sie durch Einatmen oder über die Nahrung in den menschlichen Körper gelangen. Die im menschlichen Körper in der folgenden Zeit ausgesandte Strahlung kann wieder in eine Strahlenbelastung in Rem umgerechnet werden, die aufgrund der eingenommenen Radioaktivitätsmenge zu erwarten ist.

Curie: Alte Einheit für die Menge eines radioaktiven Stoffes.

Becquerel: Neue Einheit für Curie. 1 Becquerel = 27 Billionstel Curie; 1 Curie = 37 Milliarden Becquerel.

Halbwertszeit

Die physikalische Halbwertszeit gibt

an, wie lange es dauert, bis die radioaktive Strahlung einer bestimmten Probe auf die Hälfte abgesunken ist. Hier einige wichtige Halbwertszeiten:

Jod 131: 8,05 Tage

Caesium 134: 2,2 Jahre

Caesium 137: 30 Jahre

Strontium 90: 28 Jahre

Die Umrechnung einer eingenommenen Menge eines bestimmten radioaktiven Stoffes in die für den Körper resultierende Strahlenbelastung während der nächsten 50 Jahre hängt von vielen Faktoren wie Halbwertszeit des Stoffes, Ablagerung im Körper etc. ab. Bei den wichtigsten Stoffen rechnet man für Erwachsene jedoch mit folgenden Werten, wenn sie als Nahrung eingenommen werden:

1 Millionstel Curie Jod 131 = 52 Tausendstel Rem Gesamtkörperdosis

1 Millionstel Curie Caesium 134 = 73 Tausendstel Rem Gesamtkörperdosis

1 Millionstel Curie Caesium 137 = 50 Tausendstel Rem Gesamtkörperdosis

1 Millionstel Strontium 90 = 130 Tausendstel Rem Gesamtkörperdosis

Hat man also zum Beispiel nur ein einziges Mal einen Liter Milch mit 30 Milliardenstel Curie Jod 131 getrunken, beträgt die zusätzliche Strahlendosis 30 Tausendstel von 52 Tausendstel Rem = 1560 Millionstel Rem = 1,56 Tausendstel Rem (normale Jahresdosis Schweiz 0,4 Rem).

Der weitaus grösste Teil der durch Tschernobyl zusätzlich erzeugten Dosis ist in der Schweiz durch solche Radioaktivitätseinnahmen über die Nahrung und nicht durch Einatmen oder durch die Umgebungsstrahlung zu erwarten. Der Aufenthalt im Freien ist daher unproblematisch.

Direktor der Atomenergie-Agentur widerspricht offiziellen Sowjet-Informationen



Ein Kind in der Ortschaft Kopylowo nahe Kiew wird auf erhöhte Radioaktivität untersucht. – Noch immer ist das Ausmass des Reaktorunfalls von Tschernobyl nicht exakt bekannt. (Bild Reuter)

Der Direktor der Internationalen Atomenergie-Agentur in Wien, Hans Blix, hat am Freitag nach einem Augenschein in Tschernobyl die Presse in Moskau orientiert. Einige seiner Ausführungen über das Ausmass des Unfalls widersprechen früheren offiziellen Angaben. Die Sowjetbehörden haben ausserdem offensichtlich viel zu spät über den Unfall informiert.

■ VON ELFIE SIEGL, MOSKAU

Die Internationale Atomenergie-Agentur (IAEA), deren Mitglied auch die UdSSR ist, erhofft sich bis zum Sommer von sowjetischen Spezialisten eine genaue Analyse der Ursachen und Folgen der Katastrophe im Atomkraftwerk von Tschernobyl. Das betonte IAEA-Direktor Hans Blix, der sich seit vergangener Montag zusammen mit seinem Vize Leonhard Konstantinow und dem Direktor für atomare Sicherheit der IAEA, Morris Rosen, in Moskau und Tschernobyl über das Reaktorunglück informierte, zum Abschluss seines Besuches am Freitag.

Die UdSSR hat sich bereit erklärt, ab sofort der IAEA täglich die Messwerte für Radioaktivität in der Wetterstation 68 Kilometer südöstlich von Tschernobyl sowie aus sechs anderen Stationen mitzuteilen, und will sich an der Verbesserung

der Sicherheit von Atomkraftwerken sowie der internationalen Diskussion über zusätzliche technische Mittel für diese Sicherheit beteiligen.

Blix und seine Kollegen widersprachen in einigen Punkten klar den bisherigen Informationen der Sowjets zu Tschernobyl:

- So hatte der Chef des sowjetischen Staatskomitees für Atomenergie am Dienstag behauptet, man habe die IAEA in einem Telegramm sofort über das Unglück informiert; laut Blix sind die ersten Informationen aus Schweden in Wien bei der IAEA eingetroffen.

- Die Sowjets hatten bisher die höchsten Radioaktivitätswerte mit 10 bis 15 Millionen pro Stunde angegeben; Morris Rosen nannte als Werte in den Stunden nach der Explosion 36 Millionen pro Stunde.

- Rosen bestätigte ferner, dass die ersten Bewohner, meist Frauen und Kinder, der Atomkraftwerksiedlung Pripjat erst 36 Stunden nach dem Unglück evakuiert wurden; in sowjetischen Presseberichten war der Eindruck vermittelt worden, die Evakuierung sei bereits am 26. April, also einen Tag früher, angelaufen.

- Blix bejahte in Moskau die Frage, ob die übrigen 14 Reaktoren des Tschernobyl-Typs nach wie vor in Betrieb seien; westliche Diplomaten hatten am Donnerstag behauptet, sie seien nach dem Unglück alle stillgelegt worden.

Noch kein erweitertes Ostimportverbot

Brüssel/Warschau. – Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft hat am Freitag noch kein erweitertes Einfuhrverbot für Lebensmittel aus Osteuropa erlassen. Am Donnerstag hatte sie die Einfuhr von Frischfleisch, Rindern und Schweinen aus sieben osteuropäischen Ländern untersagt.

Störfall in englischem KKW

London. – Zum zweiten Mal in dieser Woche ist am Freitag ein britisches Atomkraftwerk wegen eines Störfalles abgeschaltet worden. Nach einem Fehler in der elektrischen Anlage wurde der gasgekühlte 625-Megawatt-Reaktor von Hinkley Point in der südwestenglischen Grafschaft Somerset nach Angaben der Betreiberfirma für eine Woche stillgelegt. Bei dem Störfall soll keine Radioaktivität freigesetzt worden sein.

Am Montag hatte sich das an der englischen Nordwestküste gelegene Atomkraftwerk Heysham wegen eines Feuers automatisch abgeschaltet. (AP)

Frankreich verfügt Importstopp für osteuropäische Lebensmittel

Paris. – Frankreich hat am Freitag überraschend als erster EG-Staat einen Importstopp für frische Lebensmittel aus den Ländern Osteuropas beschlossen. Wie offiziell mitgeteilt wurde, soll nach der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl mit dieser Massnahme die «Gesundheit der Franzosen geschützt» werden. Die Verhandlungen in der Europäischen Gemeinschaft über diese Frage gingen zu langsam voran. Die EG will erst am Samstag über eine Einfuhrsperre entscheiden. Beibehalten von dem französischen Einfuhrverbot sind Fleisch, Milchprodukte, Süßwasserfische, Frösche, Schnecken, Hülsenfrüchte und frisches Obst aus der UdSSR, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und Jugoslawien. (AFP)

Keine Besorgnis der spanischen Behörden

Madrid. – Auch in Spanien ist dieser Tage an einigen wenigen Orten – namentlich am Mittelmeer-Küstenstreifen zwischen Tarragona und Valencia – leicht erhöhte Radioaktivität gemessen worden, die jedoch «im Rahmen des Normalen» liege, wie der staatliche Rat für nukleare Sicherheit beruhigt.

Die Sonderkommission, die in engem Kontakt mit den zuständigen EG-Stellen die Entwicklung verfolgt, bezeichnet die Auswirkungen des Unglückes von Tschernobyl als gleich Null.

Hingegen hat die spanische Regierung mittlerweile die Einfuhr von Lebensmitteln – Milch, Milchprodukten, Gemüse, Frischfleisch und frischem Fisch – aus sechs von der Strahlung betroffenen Staaten Osteuropas verboten. (db.)

Aargau setzt auf KKW und Fernwärme

15 Milliarden Kilowatt pro Stunde, davon vier Fünftel aus der Kernenergie, produziert der Kanton Aargau. Das sind ein Drittel der in der Schweiz konsumierten und 30 Prozent der erzeugten Elektrizität. Aus dieser Position der Stärke will die aargauische Regierung ihre künftige Energiepolitik ableiten und dabei vermehrt den nationalen Kurs mitbestimmen. Am Projekt Kaiseraugst lässt sie, auch nach der Katastrophe von Tschernobyl, nicht rütteln. Die hohen Sicherheitsanforderungen in der Schweiz und der Verzicht auf die Kühltürme bürden nach ihrer Auffassung für eine reibungslose Realisierung des als notwendig erachteten Bauvorhabens.

■ VON PAUL BISCHOF, AARAU

In Anbetracht seiner Stellung als Energiegrossohproduzent und Drehscheibe der Energieversorgung sei der Aargau mehr als bisher legitimiert, eine etwas aggressive Haltung einzunehmen, «nicht nur in bezug auf die Wahrung der Vorteile, sondern auch auf die Mitbestimmung der Energiepolitik und der strukturellen und versorgungspolitischen Entwicklung der Schweiz». Das sagte Kurt Lareida, Finanz- und Energiedirektor des Kantons Aargau, diese Woche an einem energiepolitischen Tour d'horizon, der schon vor Tschernobyl anberaumt worden war.

Der Aargau will mitreden

Wie er sein Gewicht auf nationaler Ebene verstärken will, skizzierte Lareida so: Der Aargau soll vom Bund vermehrt beigezogen und aufgrund seiner jahrzehntelangen Erfahrungen auch mit konkreten energiepolitischen Aufträgen betraut werden. Der Aargau will aktiv die Nutzung der Fernwärme vorantreiben, wo diese durch grosse Energie- und Verbrennungsanlagen als Überschussenergie anfällt. Von der Standortgunst profitieren bereits die ans Netz der Refuna ab

Bezau angeschlossenen Gemeinden, dazu kommen sollen die Agglomerationen Limmattal durch das Projekt WAL, die Regionen Aarau und Zofingen durch das Projekt FOLA (gespeist ab Gösgen) und später der Raum Basel (ab Kaiseraugst).

Schliesslich sollen auch die Einwohner des Kantons, die laut Lareida durch klaglose Duldung der Energieanlagen und Entsorgungsaufgaben einen gewichtigen Beitrag zur nationalen Solidarität leisten, durch günstigere Strom- und Wärmebezugspreise entschädigt werden. Weiter will sich der Kanton aktiver an der Produktion und Verteilung von Strom aus den bestehenden Wasserkraftwerken beteiligen. Die 27 grösseren und kleineren Flusskraftwerke erzeugen auf Aargauer Boden drei Milliarden Kilowatt pro Stunde oder ein Fünftel der gesamten aargauischen Strommenge, welche durch die fällige Erneuerung und einen teilweisen Ausbau vergleichsweise geringfügig ansteigen wird.

An Kaiseraugst wird festgehalten

Was das Kernkraftwerk Kaiseraugst anbetrifft, ist für die Aargauer Regierung die rechtliche und politische Lage klar. Zwar sei das Projekt in erster Linie Sache

des Bundes und der Bauherrin. Aber Kurt Lareida liess keinen Zweifel daran, dass die Notwendigkeit zur Substitution von Erdöl und der Diversifizierung des Energiehaushalts bestehe und der Bedarf aufgrund der Verbrauchsentwicklung gegeben sei. Unbestritten sei auch das Bedürfnis, die Eigenproduktion zu fördern und damit günstige Voraussetzungen für Wärmelieferungen in den Grossraum Basel und die dichtbesiedelten Gebiete des untern Fricktals zu schaffen.

Tschernobyl hat an der grundsätzlichen Haltung der Aargauer Regierung nichts geändert. Für Energiedirektor Lareida steht fest, dass in der Schweiz und im Aargau bei den Leichtwasser-Reaktoren keine Brände wie im ukrainischen KKW möglich sind. Mit der auch vom Lande Baden-Württemberg und der Bundesrepublik gutgeheissenen Rückkehr von der Kühlturm- zur ursprünglich vorgesehenen Durchlaufkühlung sei ein wesentlicher Stein des Anstosses ausgeräumt, glaubt Lareida. Im übrigen sei darauf Verlass, dass die Bundesbehörden nach der Katastrophe von Tschernobyl der Sicherheit «mit vollem Recht» besonders grosse Bedeutung zumessen.

Auf kantonaler Ebene will die Regierung vor allem den Ausbau der Fernwärmeversorgung fördern. Dabei geraten allerdings die Lieferanten in Konflikt mit dem Energieträger Gas, dessen wichtigste Leitungen durch den Aargau führen und der auch in Agglomerationen (Aarau, Brugg, Baden) stark verbreitet ist. Die Abteilung Energie im Eidgenössischen Finanzdepartement strebt deshalb nach Peter Hess eine Aufteilung in dem Sinne an, dass Fernwärme schwergewichtig dort verwendet wird, wo sie anfällt und ohne grosse Transportverluste verteilt werden kann, während das Erdgas dort zum Zuge kommen soll, wo diese Voraussetzungen fehlen. Lareida gab an der Pressekonferenz auch bekannt, dass die grösste in der Schweiz tätige Erdölgesellschaft Shell ein Projekt «Subalten» lanciere, das eine Zusammenarbeit mit anderen Energieträgern wie Ölgesellschaften, Gasverteilern, Koleimporteuren, Elektrizitätswerken, Sägereien und Herstellern von Heiz-, Entschwefelungs- und Rohrleitungsanlagen anstrebe.

Für kantonales Energiespargesetz

Obschon das Aargauer Volk erst im März 1984 ein kantonales Energiegesetz abgelehnt hat, vertritt die Regierung die Ansicht, dass eine minimale gesetzliche Regelung vor allem von Energiesparvorschriften notwendig ist. Sie will deshalb einen zweiten Anlauf nehmen, vor allem, um dem Bund zuvorzukommen, der die Kantone dazu zwingen könnte. Ob diese Regelung mit der Neuauflage eines noch gemässigten Energiegesetzes, der Revision des Baugesetzes oder des Elektrizitätsversorgungsgesetzes geschehen soll, ist noch nicht entschieden, doch neigt Regierungsrat Lareida vor allem aus zeitlichen Gründen einem Energiegesetz zu.

Energisch weiter im Takt

■ VON PAUL BISCHOF

Kein Zweifel: Der Beitrag, den der Aargau zur schweizerischen Energieproduktion und -verteilung leistet, ist gross und weit über dem Durchschnitt der Gliedstaaten der föderalistisch organisierten Eidgenossenschaft.

Die Kantonsregierung wertet diesen Beitrag als Beweis der interkantonalen Solidarität, den der Aargau auch in andern Bereichen übergeordneter Infrastrukturaufgaben erbringt. Doch Solidarität hat ihre Grenzen und ihren Preis. Die Aargauer Regierung will die Stellung des Kantons mehr zur Geltung bringen, mehr Nutzen aus der Leistung ziehen, mehr mitbestimmen in der nationalen Energiepolitik.

Die Regierung stellt ihre Forderung aus einer Position der Stärke heraus. Nicht nur der Lieferanteil an Energie, nicht nur die Duldungsbereitschaft einer engelsbraven Bürgerschaft legitimieren sie zu einer «aggressiveren Haltung», es sind auch die rund 30 000 Ar-

beitsplätze, die direkt und indirekt von der Energieerzeugung und -verteilung im Kanton abhängig sind, Arbeitgeber und Arbeitnehmer rudern in seltener Einmütigkeit im gleichen Boot.

Erdölsubstitution ja, Energieproduktion ja, Kernenergie ja, Fernwärme ja, Entsorgung ja. Da scheinen Zweifel wenig angebracht. Nicht an der Kernenergie, nicht an Kaiseraugst. Auch nicht nach Tschernobyl. Die Aargauer Regierung ist so überzeugt, dass so ein Unfall in diesem Land, in diesem Kanton nicht möglich ist, wie es die Vertreter der Bauherrin, der Kaiseraugst AG, vor zehn Tagen kundtaten. Der Aargau setzt auf die Technik, auf das kontrollierte Wachstum, auf rigorose Sicherheitsvorschriften. Und er setzt weiter auf eine als umweltschonend gepriesene Energie, die, wenn sie losgelassen, verheerend auf die Umwelt einwirken kann. Nein, Zweifel an einer solchen auf Leistungsausweis und -bereitschaft gestützten Politik sind im Aargau nicht erlaubt.

Tschernobyl – ein Vorgeschmack

■ VON JÜRGEN SCHÖCH

Der «strahlende Angriff» aus Tschernobyl kam unsichtbar, unhörbar. Er traf die Behörden, die Experten, das Volk unvorbereitet. Die Schweiz, das angeblich gut organisierte, für alle Eventualitäten gerüstete Land, reagierte verwirrt, nervös – über die friedfertigen Frühlingstage legten sich lange Schatten. Unzählige Anrufe und Leserzuschriften haben unsere Redaktion erreicht – der Tenor bei den meisten: Wut, Angst und Verunsicherung (vgl. TA vom Freitag).

Diese Gefühle der Hilflosigkeit stellen die Frage nach unserem Umgang mit den möglichen und tatsächlichen Bedrohungen. Im Grunde sind wir mit den militärischen Bedrohungen am besten «vertraut»; um sie zu bannen, wird ein beträchtlicher Aufwand an Geld, Ideen, Arbeitseinsatz getrieben. Das Land schützt sich auch, so gut das geht, gegen Terrorangriffe, es baut den Staatsschutz aus, die kriegswirtschaftliche Landesvorsorge – kurz: In allen Bereichen der Gesamtverteidigung ist man (mehr oder weniger) «auf Draht».

Alle diese Bemühungen sind sicher lobenswert; es fragt sich aber, ob sie auch noch zeitgerecht sind. Gesamtverteidigung orientiert sich nämlich an Bedrohungen «in feindlicher Absicht». Das schafft zwar relativ klare Verhältnisse: Hier der Angegriffene, dort der

Feind. In diesem Muster liegt aber auch die Gefahr, dass vorab «Kriege der Vergangenheit» vorbereitet und allenfalls neue Bedrohungsarten weniger ernst genommen werden.

Der Reaktorunfall in Tschernobyl hat im Grunde diese Gefahr aufgezeigt. Plötzlich waren die Strahlen da, die – bei aller Dürftigkeit sowjetischer Information und Fragwürdigkeit ihrer KKW-Sicherheitssysteme – sicher nicht «in feindlicher Absicht» entsandt wurden. Glücklicherweise gab es bei uns keine Toten, keine Verletzten, keine Zerstörungen, keine Beeinträchtigung der Kommunikationsnetze – aber trotzdem funktionierte der Krisenbewältigungsmechanismus nicht optimal: Die Kommissionen, die sich den Messungen der Radioaktivität widmen, geben sich zwar alle Mühe, aber es zeigte sich rasch, dass sie personell unterdotiert waren bzw. sind. Die Informationen an die Bevölkerung waren zeitweise verwirrend. Die Empfehlungen, wie man sich verhalten und was nicht mehr konsumiert werden sollte, schienen etwas aus dem Ärmel geschüttelt – namentlich für jene Personen, die auch noch die Empfehlungen der Nachbarländer zur Kenntnis nahmen, welche teilweise ganz anders lauteten.

Erste Schlussfolgerung: Die sicherheitsbewussten Schweizer mussten erfahren, dass Sicherheitsmanagement

nicht so ohne weiteres machbar, organisierbar ist, wie das behördlich immer wieder vorgegaukelt wird.

Verletzbarkeit

Die Frage der Sicherheit stellt sich in diesem Zusammenhang aber auch ganz allgemein. Fast in allen Lebens- und Tätigkeitsbereichen gibt es Sicherheitssysteme oder Versicherungen. Dieses weite Feld der «Assekuranz» ist die Kehrseite der modernen Gesellschaft: Sie zeigt, wie unglaublich anfällig und verletzbar diese Gesellschaft ist – sonst bräuhete es nicht solche Sicherheitssysteme. Und nun hat eines dieser Systeme versagt – mit dem Resultat, dass allen zu Bewusstsein kommen muss, wie unentrinnbar verstrickt sie sind in ein Netz potentieller – oder nun eben auch tatsächlicher – Beeinträchtigungen.

Das Zappeln in einem solchen Netz – was ist das anderes als pure Abhängigkeit? Aber, so muss sich doch jeder fragen, will man denn diese Abhängigkeit? In vaterländischen Reden wird immer wieder die Unabhängigkeit der Schweiz gepriesen und dazu aufgerufen, alles zu tun, dass diese Unabhängigkeit erhalten bleibe. Sehr einverstanden. Aber es gibt ja nicht nur die Gefahr der Abhängigkeit von fremden Truppen, fremden Wirtschaftsmächten. Es gibt haufenweise Abhängigkeiten, in die wir uns um

des materiellen Fortschrittes wegen selbst begeben haben.

Das führt zur zweiten Schlussfolgerung: Die Risiken einer modernen Gesellschaft lassen sich sicher nicht von einem Tag auf den andern drastisch reduzieren. Aber es gibt eine Risikoschwelle, die man eigentlich nicht überschreiten dürfte. Vielfach wurde diese Schwelle bereits überschritten – offensichtlich auch bei der Kernenergie, und das, weil infolge Verharmlosung und Technikgläubigkeit die Risiken unterschätzt wurden.

Verdrängung

Nun, Tschernobyl ist weit, sein Falout hat uns zwar erreicht, aber immerhin nur in abgeschwächter Form. Weder die geographische noch die politische Distanz zum Schadenplatz darf aber ein Grund sein, das Ereignis nun rasch zu verdrängen. Eine neue Kernenergiediskussion, auch in unserem kleinen Land, tut not, und sie sollte nicht in der vorprogrammierten Schwarzweissmanier bisheriger Diskussionen befangen sein. Was nicht gefragt ist, sind vorschnelle Reflexäusserungen, wie sie Bundesrat Leon Schlumpf kürzlich kundtat. Notwendig ist vielmehr, dass die Interessengruppen ihre ausgetretenen Argumentationsgeleise verlassen und sich der Kernenergieproblematik neu und unvoreingenommen nähern.

Tschernobyl: Wie sag' ich's meinem Kinde

Die Folgen der Tschernobyl-Katastrophe beschäftigt auch die Jüngsten unter uns. Kinder besitzen nämlich ein feines Gespür für Veränderungen in ihrer Umwelt, ganz besonders für bedrohliche. Im folgenden Gespräch zeigt der Pädagoge Heinrich Nufer, Leiter des Marie-Meierhofer-Institutes für das Kind, Möglichkeiten, wie Eltern auch mit ihren Kleinkindern über dieses heikle Thema sprechen können.

■ MICHEL GOLLIARD SPRACH MIT
HEINRICH NUFER

Seit Tagen ist die Katastrophe von Tschernobyl Thema Nummer eins, sowohl in den Medien als auch in den Gesprächen am Stammtisch auf der Strasse oder im Treppenhaus. Sie hat breite Verunsicherung in der Bevölkerung hervorgerufen. Sollen Eltern auch mit ihren Kindern, insbesondere mit ihren Kleinkindern darüber sprechen?

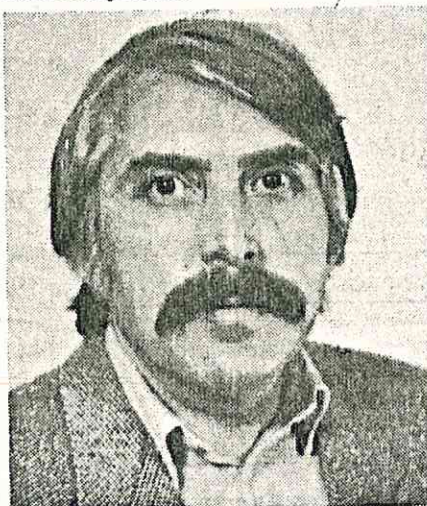
Umweltprobleme beschäftigen die Kinder nicht erst seit der Tschernobyl-Katastrophe. Kinder haben ein äusserst feines Gespür für das, was um sie herum vorgeht. Sie registrieren auch kleine Stimmungsschwankungen ihrer Eltern. Deshalb ist es gerade jetzt wichtig, wo die Verunsicherung weitherum spürbar ist und uns alle trifft, mit den Kindern darüber zu sprechen.

Ist es nicht nahezu unmöglich, einem Vorschulkind etwas zu erklären, das man weder sehen, hören, riechen noch anfassen kann?

In der Tat sind gerade Vorschulkinder auf konkrete Bilder angewiesen, um etwas begreifen zu können. Am verständlichsten sind diese, wenn die Eltern sie aus dem bisherigen Erfahrungsbereich ihres Kindes wählen. Meiner vierjährigen Tochter beispielsweise habe ich versucht, das Problem der Verstrahlung unsere Umwelt anhand des Staubes in unserer Stube zu erklären, dessen Herkunft wir auch nicht sehen. Trotzdem ist er aber da, sooft wir ihn auch wegwischen.

Damit ist aber noch lange nicht erklärt, woher der radioaktive Staub stammt und weshalb er so gefährlich ist.

Stimmt. Es ist auch nicht leicht, einem Kind zu erklären, was ein Kernkraftwerk ist und wie der Staub darin entstehen konnte. Mit Hilfe des Topfes, den ich kürzlich auf dem Herd vergass, habe ich versucht, die Sache plausibel zu machen: Zunächst wurde die Platte heiss, dann kochte es im Topf, schliesslich begann es zu glühen, schwarzer Rauch stieg auf und verbreitete in der Küche ganz feine Russ- und Staubpartikel.



Interviewpartner Heinrich Nufer.

(Bild PD)

Wie kann nun ein Kind aufgrund dieser Informationen begreifen, dass es kein Gemüse mehr essen soll und keine oder nur wenig Milch mehr trinken darf?

Die meisten Kinder wissen bereits von

andern Erlebnissen her, was «giftig sein» bedeutet. So werden sie auch akzeptieren, dass dieser Staub, der so fein ist, dass man ihn gar nicht sieht und der überall – im Gras, auf dem Gemüse und Salat – liegt, giftig ist.

Auf viele Fragen der Kinder wird es wohl gar keine Antworten geben, weil selbst die Experten noch sehr wenig wissen über die konkreten Auswirkungen der derzeitigen Verstrahlung. Erzeugt diese Unsicherheit beim Kind nicht mehr Ängste als unbedingt notwendig? Wäre es deshalb letztlich nicht doch besser, das Ganze zu verschweigen.

Wie bereits erwähnt, spürt ein Kind die Verunsicherung der Eltern, ob darüber gesprochen wird oder nicht. Es ist für ein Kind – genauso wie für uns Erwachsene – wesentlich einfacher mit Verunsicherung und Angst zu leben, wenn es wenigstens weiss, woher diese unangenehmen Gefühle stammen und dass es damit nicht alleine ist. Ebenso wichtig ist es, auch gemeinsam darüber zu sprechen, was man gegen solche Ängste tun kann, welche der möglichen Massnahmen man in der eigenen Familie auch tatsächlich durchführen will.

Geben sich die Kinder mit den Antworten, die sich nur auf die derzeitige Lage beziehen, zufrieden?

Nach meiner Erfahrung überhaupt nicht. Meistens wollen sie auch wissen, wieso es solch gefährliche Einrichtungen gebe. Vielfach sprechen sie auch das Problem der nuklearen Bedrohung ganz grundsätzlich an.

Als Eltern wird man vor solchen Fragen kaum verschont, ob bei dieser oder einer andern Gelegenheit. Kinder wollen wissen, wie ihre Eltern zu diesen drängenden Fragen unserer Zeit stehen. Die wenigsten Eltern werden aber jedes «Warum» ihres Kindes auch schlüssig beantworten können. Kein Kind wird es seinen Eltern aber übel nehmen, wenn sie offen zu ihrer eigenen Unwissenheit und Unbeholfenheit in bestimmten Fragen stehen.

Mit Saunakur gegen Radioaktivität?

Scientology-Sekte nutzt Angst der Menschen zum Missionieren

Scientology schlägt aus der Angst der Bevölkerung vor der radioaktiven Strahlung auf fragwürdige Weise Kapital. In Inseraten und an Bücherständen preist die sektenartige Kirche das veraltete, fast 30jährige Buch «Alles über radioaktive Strahlung» an und ködert neue Mitglieder. Die Versprechen der Scientologen sind ebenso verlockend wie gefährlich: «Ich will, dass Scientologen den 3. Weltkrieg überleben», schreibt der Scientology-Gründer der Hubbard seinen Jüngern.

VON HUGO STAMM

Die Scientologen haben auf die Katastrophe im Kernkraftwerk Tschernobyl rasch reagiert. Sie holten ihren aus dem Jahr 1957 stammenden Schmöcker «Alles über radioaktive Strahlung» aus dem Lager und verkauften das zur Hauptsache von Scientology-Gründer Ron Hubbard geschriebene Buch wenige Tage nach dem Reaktorunfall beim Neumarkt in Oerlikon. Bis anhin hatten die Scientologen mit ihrem Standardwerk «Dianetik» die Passanten angelockt.

Aufklärungsschrift aus dem Jahre 1957

Dass die Kampagne System hat, zeigen Inserate, die die Scientology-Kirche Zürich nach dem Reaktorunfall publiziert hat. Unter dem Bild einer verstrahlten Frau schreibt die Werbeabteilung der Kirche: «Tagtäglich lesen wir von Reaktorunfällen und atomarer Aufrüstung und fragen uns, welche Wirkung die freigesetzte radioaktive Strahlung und die Möglichkeit eines Atomkrieges auf uns haben. Das leicht verständliche Buch «Alles über radioaktive Strahlung» geht uns deshalb alle an. Zeigt es doch erstmals, wie jeder seine Gesundheit trotz der vorhandenen radioaktiven Strahlung schützen kann.» Das 176 Seiten umfassende Buch, das ein Atomphysiker wohl als hoffnungslos veraltet einstufen würde, kostet stolze 49.50 Franken.



«bringt beste Resultate hervor und wirkt wie eine Bombe, wenn man einen wesentlich geringeren Teil der Zeit für körperliche Bewegung einsetzt... Etwa 20 bis 30 Minuten zu laufen, um die Blutzirkulation in Schwung zu bringen, und den Rest der fünf Stunden in der Sauna zu verbringen, hat sich als ein gutes Verhältnis erwiesen», schreibt Hubbard. Mediziner sind sich weitgehend einig, dass 4½ Stunden Sauna pro Tag ein Unsinn sind. Und für Leute mit Herzschwächen und Kreislaufstörungen kann es sogar lebensgefährlich sein, wie Frau Professor Hedi Fritz-Niggli, Leiterin des Strahlenbiologischen Institutes der Uni Zürich, erklärte. Dies wissen die Scientologen auch und verlangen ein ärztliches Attest.

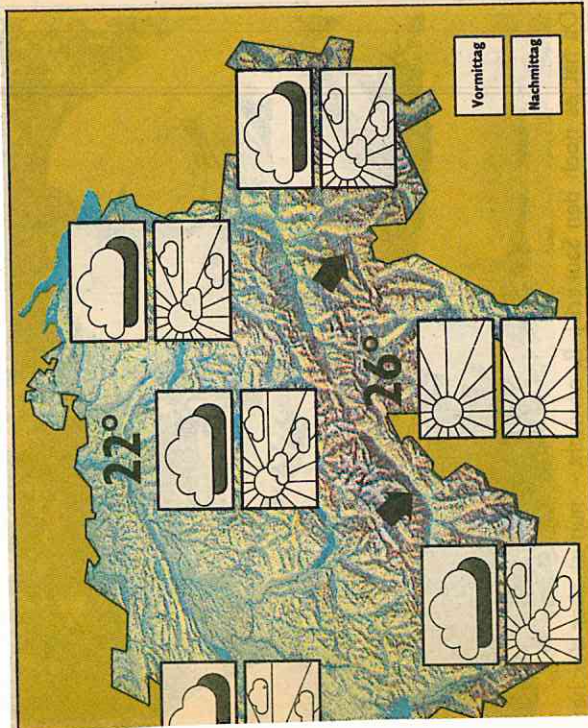
Das eigentliche Wundermittel soll aber Niacin sein, ein Vitamin-B-Präparat. Niacin wird täglich in einer unwahrscheinlichen Überdosis von bis zu 5000 Milligramm eingenommen. Es bewirkt eine starke Hautrötung. Für Scientologen ist dies der Beweis, dass die im Körper gelagerte Strahlung ausgewaschen wird. «Niacin treibt Effekte von Strahlung aus dem Körper heraus», behauptet Hubbard.

«Dies ist eine sehr gefährliche Aussage», meinte Frau Professor Fritz-Niggli gegenüber dem TA. Man könne genauso gut behaupten, dass beispielsweise Biostroph oder ein anderes Aufbaumittel vor Strahlung schütze. Solange solche Behauptungen nicht wissenschaftlich nachgewiesen seien, müsse man äusserst vorsichtig mit ihnen umgehen, sagte die Leiterin des Strahlenbiologischen Institutes.

Mehr als 10 000 Franken

Der Preis dieses Reinigungsprogramms ist äusserst happig. In einer Preisliste aus dem amerikanischen Hauptquartier der Scientologen wird er mit 7400 Dollar (mehr als 10 000 Franken) angegeben. Darin sind oft nicht einmal das Niacin sowie weitere Präparate und Öle enthalten. Auch die Sauna muss der Kursteilnehmer zusätzlich bezahlen.

Den Schutz vor Strahlung mit Hilfe von Vitaminpräparaten hat Hubbard schon 1957 im jetzt neu propagierten Buch «Alles über radioaktive Strahlung» beschrieben. Er nennt seine Formel Dianazen. «Dianazen löscht Auswirkungen von Strahlung aus – oder was Auswirkungen von Strahlung zu sein scheinen. Es macht die Person auch in gewissem Grade gegen Strahlung immun.» Diese unpräzisen und deshalb gefährlichen Versprechen machen deutlich, dass die Aussagen wissenschaftlich unhaltbar sind. In ähnlich schwammigem Stil sind weite Teile des Buches abgefasst.



GNOSSEN

Freitagabend

Die übrigen Alpennordseite, im Übergang zu heutigem Wetter. Tagesrad. Nullgradgrenze aufsteigend. In den Bergen Nordwestwind.

SICHTEN

Mittwoch

Wiss der kühleren Atlantik-Donnerstag und Freitag

zur Alpennordseite gelangt war, gingen die Tageshöchsttemperaturen auf rund 15 Grad zurück. Das sind für Anfang Mai annähernd normale Werte.

In den Alpen setzte sich die Schneeschmelze trotzdem fort. Am östlichen Alpennordhang liegt noch bis auf etwa 1300 m eine Schneedecke, die auf 2000 m Höhe rund 1,5 m dick ist. Im westlichen Teil des Wallis und in Graubünden liegt die Schneegrenze über 1500 m. Im Tessin hingegen liegt auf 1600 m noch rund ein Meter Schnee.

Das von den Azoren bis zu den Alpen reichende Hoch bleibt voraussichtlich bis am Montag wetterbestimmend. Über die Britischen Inseln gegen die Ostsee hin verläuft allerdings eine Westströmung, mit der mehrere atlantische Störungen zum Kontinent verfrachtet werden. Die Schweiz bleibt auf der warmen Südflanke

dieser Westdrift, doch besteht die Gefahr, dass gelegentlich ein Störungsausläufer die Alpennordseite streifen könnte.

Nach den am Freitag vorliegenden Unterlagen ist am ehesten in der zweiten Hälfte des Sonntags mit einem schwachen Kaltfrontdurchgang zu rechnen. Bei den herrschenden Temperaturverhältnissen dürfte sie in Form einer Gewitterstörung unser Gebiet erreichen.

In der ersten Hälfte der kommenden Woche nähert sich ein neues kräftiges Atlantikief der europäischen Westküste. Damit stellt sich im Alpenraum eine Südwestströmung ein, die zunächst recht warme Luft heranholt und am Alpennordhang Föhn auslösen dürfte. Im Osten könnte sich der Föhn bis über die Wochensmitte halten, im Westen und Süden muss ab Dienstag mit einem Wetterumschlag gerechnet werden.

So dürfte es von Sonntag bis Mittwoch im Norden aussehen: Anfangs vorwiegend sonnig, in der zweiten Tageshälfte des Sonntags einige Schauer oder Gewitter. Ab Dienstag im Westen stark bewölkt und etwas Niederschlag, im Osten unter Föhneinfluss teilweise sonnig. Tageshöchsttemperaturen im Osten gegen 25 Grad.

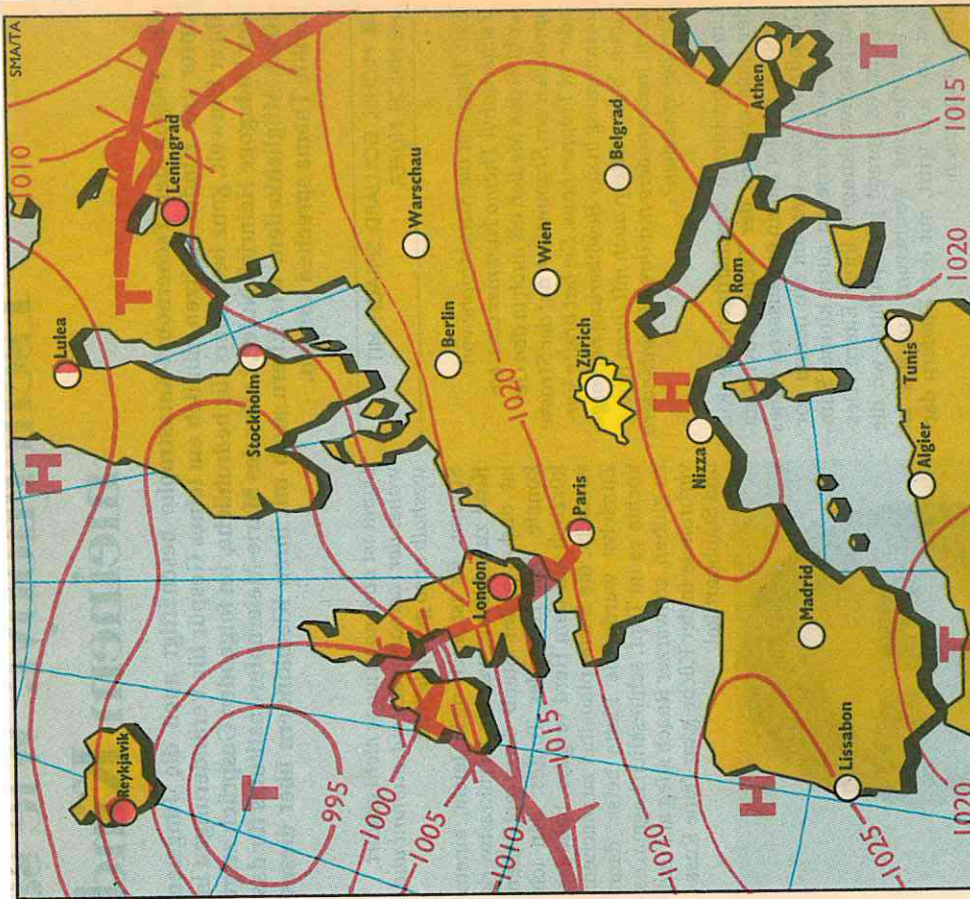
Und im Süden so: Anfangs schön und warm, ab Dienstag meist stark bewölkt und zunehmend Niederschläge.

(Cumulus)

WIND

Lage: Hochdruckkeil von Spanien gegen die Alpen, Zufuhr milder und noch mäßig feuchter Luft mit einer schwachen Westströmung.

Prognose für Samstag: Alle Seen der Alpennordseite Lokalwind 1-3 Beaufort.



Prognosen für Samstag, 10. Mai 1986, 13.00 Uhr

- warme Luftströmung
- kalte Luftströmung
- Kaltfront
- Warmfront
- Okklusion (Kaltfront holt Warmfront ein)
- heiter
- bewölkt
- bedeckt
- H = Hoch
- T = Tief
- Linien gleichen Luftdrucks in Hektopascal = mbar
- Regen oder Schnee
- Gebiet mit Schauern
- Gewitterzone